

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus,
Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/1568 –**

Unterstützung des African Peer Review Mechanism**Vorbemerkung der Fragesteller**

Die Neue Partnerschaft zur Entwicklung Afrikas (NEPAD), die 2001 gegründet worden ist und deren Ziele die Beseitigung der Armut, nachhaltiges Wachstum und Entwicklung des afrikanischen Kontinents und der einzelnen Länder, die Beendigung der Marginalisierung Afrikas und seine Integration in die Weltwirtschaft und die Stärkung der Rolle der Frau sind, ist eine sehr begrüßenswerte Initiative in Afrika.

Im Rahmen dieser NEPAD wurde das African Peer Review Mechanism (APRM) entwickelt und eröffnet. Darin beurteilen die afrikanischen Regierungen ihre Leistungen gegenseitig, ähnlich dem Peer Review der OECD. Dieser Prozess der Selbstevaluierung ist grundsätzlich eine sehr gute Initiative. Der APRM beruht auf freiwilliger Basis, bietet jedoch die Gelegenheit, bei einer guten Bewertung seinen internationalen Ruf zu verbessern und auf mehr finanzielle Unterstützung von außen hoffen zu können.

Es häufen sich jedoch kritische Stimmen, die die Unabhängigkeit und Autonomie des APRM anzweifeln. Viele Regierungen reglementieren das Mandat und die Anwendung des APRM und schränken den Untersuchungsgegenstand stark ein. Die Ergebnisse werden nur mit Zustimmung der betroffenen Regierung veröffentlicht. So existiert, obwohl der APRM bereits angewendet wird, noch kein rechtlich bindendes Dokument, welches den APRM ausreichend und bindend regelt.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung des African Peer Review Mechanism (APRM) und seine derzeitigen Handlungsmöglichkeiten?

Die Bundesregierung begrüßt den African Peer Review Mechanism (APRM) als ein Kernstück von NEPAD (New Partnership for Africa's Development), der afrikanischen Reforminitiative zur Überwindung von Marginalisierung und Armut. Im Rahmen dieses freiwilligen, umfassenden und transparent angelegten Peer-Review-Prozesses werden erstmals Themen des verantwortlichen Regierungshandelns und guter Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Gegenstand

eines förmlichen Dialogs der afrikanischen Staaten untereinander gemacht. Dies spiegelt ein verändertes Politikverständnis auf dem afrikanischen Kontinent wider.

Bisher liegen nur wenige Erfahrungen des Prozesses vor. Ghana hat im Januar 2006 mit der Diskussion seines Review-Berichts durch die Staats- und Regierungschefs des APRM-Forums als erstes Land den Prozess abgeschlossen und mit der Umsetzung eines Aktionsplans begonnen. In Ghana ist es durch den Prozess im Lande zu einer breiten Befassung mit dem Thema gute Regierungsführung gekommen. Der APRM Prozess ermöglicht eine von den Peers anerkannte Selbstüberprüfung; darum besitzen seine Erkenntnisse und Schlussfolgerungen in Afrika eine hohe Bedeutung und Legitimität.

2. Unterstützt bzw. begleitet die Bundesregierung den Prozess des APRM?

Wenn ja, wie?

Der African Peer Review (APR) steht im Mittelpunkt der deutschen Unterstützung für NEPAD. Seit 2003 unterstützt die Bundesregierung das APRM-Sekretariat und beteiligt sich mit 1 Mio. US-Dollar an einem Treuhand-Fonds, der zur Unterstützung des Prozesses von UNDP verwaltet wird. Zusätzlich unterstützt Deutschland den APRM-Prozess und die beteiligten Länder bei der Durchführung des Reviews sowie bei der Umsetzung der Ergebnisse. Dabei unterstützt die Bundesregierung das APRM-Sekretariat und das APR Panel of Eminent Persons sowie die APR Focal Points auf Länderebene im Rahmen der bilateralen technischen Zusammenarbeit. Insgesamt wird der APRM mit 5 Mio. Euro unterstützt.

3. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, mehr Druck auf die NEPAD hinsichtlich eines Abschlusses eines rechtlich bindenden Dokuments, welches das APRM regelt, auszuüben?

Wenn ja, was beabsichtigt sie zu tun?

Es herrscht Konsens bei den afrikanischen Staaten, die sich mit der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding verbindlich zur Durchführung des Prozesses verpflichtet haben, dass der APRM unter Berücksichtigung der vereinbarten APRM-Prinzipien und Regeln durch das Land selbstständig verantwortet und durchgeführt wird. Der APRM ist stark durch afrikanische „Ownership“ geprägt und wird als eigener Prozess mit eigenen Ideen verstanden, der die unterschiedlichen Entwicklungen und Ausgangssituationen der beteiligten Länder berücksichtigt. Die Freiwilligkeit des Prozesses ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Druck von Seiten der Bundesregierung zur Änderung der Verfahren ist daher weder angemessen noch vorgesehen.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit der NEPAD, insbesondere hinsichtlich des APRM?

Die Bundesregierung hat NEPAD seit Beginn der Initiative aktiv unterstützt. Im Mai 2006 haben die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, und Prof. Firmino Mucavele, Leiter des NEPAD-Sekretariats, ein Memorandum of Understanding zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit NEPAD unterzeichnet. Mit dem APRM-Sekretariat und dem APR Panel of Eminent Persons sind eigenständige Strukturen zur Unterstützung des Review-Prozesses geschaffen worden. Die Bundesregierung hat auch diese in der Vergangenheit durch technische Zusammenarbeit unterstützt.

5. Inwiefern bestärkt die Bundesregierung die Afrikanische Union und die NEPAD, ihre selbst gesetzten Ziele umzusetzen?

Die Bundesregierung unterstützt afrikanische Initiativen der politischen Integration und Entwicklung unter Berücksichtigung des Prinzips der afrikanischen „Ownership“. Dabei arbeitet sie mit der Afrikanischen Union, dem Pan-Afrikanischen Parlament, der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) und dem APRM intensiv zusammen, um diese Institutionen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

6. Durch welche Maßnahmen, neben der finanziellen Unterstützung, zeichnet sich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der NEPAD aus?

Die Bundesregierung hat NEPAD in der Vergangenheit im Rahmen der bilateralen technischen Zusammenarbeit unterstützt. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auf folgende Bereiche:

- a) Information, Bewusstseinsbildung und Beteiligung der Zivilgesellschaft,
- b) Berücksichtigung von „gender“-Aspekten in allen NEPAD Programmen und Aktivitäten,
- c) Mobilisierung der Jugend für NEPAD und für die politische und wirtschaftliche Integration Afrikas,
- d) Entwicklung und Verbreitung von Modellen und Beispielen für „Good Administrative Governance“,
- e) Verbesserung der Kommunikation von NEPAD und zwischen den für die Umsetzung wichtigen Institutionen (AU-Kommission, Regional Economic Communities, Mitgliedsländer).

Im Mai 2006 wurden die Bereiche der Zusammenarbeit mit NEPAD in einem Memorandum of Understanding vereinbart. Zukünftig wird sich die Zusammenarbeit auf die Governance-Reformprozesse, Privatsektorentwicklung einschließlich von Klein- und Mittelständischen Betrieben im Bereich Agrarwirtschaftsförderung, Wasser sowie Kommunikation konzentrieren. Die spezifische Rolle der Frau sowie HIV/Aids werden dabei als übergreifende Themen integriert.

